

Familie, Nation, Motor

Joachim Becker

„Familie, Nation, Motor“: Auf diesen Nenner bringt Jan Spousta (2024:11) die jüngste nationalistisch-anti-ökologische Synthese. Anlass war das starke Abschneiden (ca. 10% der Stimmen) der rechtsnationalistischen Wahlallianz *Prísaha a Motoristé* bei den Europaparlamentswahlen in der Tschechischen Republik. Den Motor – genauer den Verbrennungsmotor – stellte die Wahlallianz bereits in ihrem Parteinamen in den Vordergrund. Der Listenvorsitzende Filip Turek präsentierte in seinen Auftritten in den sogenannten sozialen Medien, deren Klaviatur er glänzend beherrscht, gerade das große Auto als Symbol für sozialen Aufstieg. Gleichzeitig gab er sich als Rebell gegen das Establishment. Turek kam gerade bei jüngeren WählerInnen gut an. Er gewann die zweithöchste Zahl an Präferenzstimmen in der Tschechischen Republik (Trojan 2024: 26 f.). Der Motor zieht also als Thema. In der Interpretation von Spousta (2024: 13) stehen Familie, Nation und Motor für die vermeintlichen Sicherheiten und den Wohlstand einer idealisierten Vergangenheit – im Kapitalismus wäre diese Periode wohl der Spätfordismus, in den staatssozialistischen Ländern der Höhepunkt des Konsumsozialismus. Besonderen Zuspruch entfaltet die Symbolik in den peripheren Regionen der EU. Hier ist die Infrastruktur im Rahmen der neoliberalen Politik besonders radikal abgebaut worden. Die Preissteigerungen für Energie haben BewohnerInnen der Peripherie besonders stark betroffen. Die Politik des grün-kapitalistischen Umbaus setzt in den EU-Ländern stark auf Preissignale, also Preissteigerungen bei fossilen Energien. In der Peripherie gibt es aber oft beim Verkehr keine infrastrukturellen Alternativen zum Auto – und auch keine erkennbaren Anstrengungen, solche zu schaffen. Damit hat die Mobilisierungskraft einer rechtsnationalistischen Bewegung, die den Verbrennungsmotor als Symbol der Ablehnung des European Green Deal (EGD) der EU in den Vordergrund stellt, eine materielle Grundlage.

Die nationalistische Rechte und die pro-fossilistische Gegenoffensive

Rechtsnationalistische Parteien verschiedenster Couleur haben in den letzten Jahren sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf EU-Ebene die Ökologie als negatives Mobilisierungsthema für sich entdeckt. Der technokratische Zuschnitt und die oftmals mangelnde soziale Ausgestaltung der EGD-Politik der EU liefern ihnen hierfür deutliche Ansatzpunkte. Mit der EGD-Politik, die einerseits auf Preissignale setzt und andererseits die Dekarbonisierung von Produktion und Infrastruktur finanziell fördert, reagierte die Kommission unter dem Vorsitz von Ursula von der Leyen einerseits auf die zunehmenden Kosten der Klimaerhitzung und sozialen Mobilisierung der Klimaproteste, andererseits und vor allem auf die Positionsverluste bei relevanten neuen Technologien gegenüber China und den USA (vgl. Brand/Wissen 2024: 108 ff., Mahnkopf 2024: 62, Aglietta/Espagne 2024: 339). Die EU-Strategie versuchte, die mit der Dekarbonisierung verbundene Kapitalfraktion zu stärken. Auch stützte sie sich auf Kapitalfraktionen, für

welche die Klimaerhitzung schon jetzt sehr teuer kommt, beispielsweise die Versicherungswirtschaft. Auch wenn der EGD vor allem auf die Schaffung neuer Akkumulationschancen gerichtet ist, so hat die Politik in Teilbereichen, beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft auch explizit bestimmte Grenzen gesetzt. Hieran haben sich besondere Widerstände entfacht. Fossile Kapitalgruppen suchen selbst die begrenzte Umbaupolitik der EU lahmzulegen oder zumindest zu verzögern. Das fossile Kapital hat hierbei die nationalistischen Rechtsparteien als potenzielle Kraft einer anti-ökologischen Blockadekraft schon vor Jahren für sich entdeckt (vgl. Malm/Zetkin Collective 2021). In der EU sind die nationalistischen Rechtsparteien als pro-fossilistische Kraft in den letzten Jahren zunehmend wirkkünftig geworden – und haben auch die pro-fossilistischen Kräfte in den traditionellen Rechtsparteien gestärkt.

Blauw, wit, rood: das niederländische Laboratorium

In den Niederlanden wurde mit einem Urteil des Staatsrats, der eine mangelnde Einhaltung zweiter EU-Richtlinien feststellte, der enorme Stickstoffverbrauch des Landes 2019 zum Politikum. Die extremen Stickstoffemissionen der Niederlande haben ihren Ursprung in der hochindustrialisierten Landwirtschaft, speziell der Intensivviehzucht. Etwa 20.000 ViehbäuerInnen sind für fast die Hälfte der Stickstoffemissionen verantwortlich (Engelen 2023: 24). Die Regierung Rutte suchte diskursiv von den wahren Verursachern in einer ökonomischen Schlüsselbranche abzulenken und malte düstere Szenarien im Fall von Begrenzungsmaßnahmen für andere Sektoren an die Wand. Letztlich sah sich die Regierung unter Zugzwang und beschloss auch Maßnahmen, welche die Landwirtschaft betreffen. Unter anderem sah ein Aktionsplan aus dem Jahr 2022 eine Verminderung des Viehbestands um 30% bis zum Jahr 2035 und die Schließung von besonders stark verschmutzenden Agrarbetrieben vor (vgl. Schnee 2024: 32). Es entstand eine starke Gegenbewegung aus mehreren AkteurInnen. LandwirtInnen organisierten sich in der Famers Defense Force, die mehrere Protestwellen organisierten. Hierbei wäre es irrig, sich die niederländischen Landwirte als KleinbäuerInnen vorzustellen. Die Förderung einer industrialisierten Landwirtschaft hat die Landwirte in „agrarisches Großbetriebe transformiert“ (Smouter 2022: 85). Als politischer Arm und „Marketingvehikel“ des agrarisch-industriellen Komplexes wurde die BoerBurgerBeweging (BBB) geschaffen. Die soziale und politische Mobilisierung wurde durch Werbekampagnen der Agroindustrie flankiert. Ihr Motto: „Nicht vergessen: ohne Bauern kein Essen“ (nach Engelen 2023: 56). 2022 und 2023 schufen ökonomische Folgen der Covid-Krise und die beschleunigte Inflation ein günstiges Terrain für die Protestbewegung. Sie breitete sich vor allem in der inneren Peripherie der Ostniederlande aus. Nun ging es auch um Fremdbestimmung von außen und oben. Zum Symbol der Proteste wurde die umgekehrt aufgehängte niederländische Fahne: Blau, weiß, rot. „Die rote Farbe steht für das Volk, die weiße für die Kirche und die blaue für den Adel. Wird die Fahne umgedreht, hängt das Volk nun unter dem Adel“, erklärt einer der Protestierenden die Flaggenumkehrung (zit. n. Smouter 2022: 10). Auf der Welle dieser Mobilisierung ritt die BBB bei den Regionalwahlen im März 2023 zu einem großen Erfolg. Sie wurde mit 19,2% der Stimmen zur stärksten Kraft. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im November 2023 konnte sie diesen Erfolg zwar nicht wiederholen, aber klima-skeptische

Positionen waren nun auch für anderen rechtsnationalistische Parteien wie der Partij voor de Vrijheid (PVV) sichtbar platziert (Schnee 2024: 32) und die nationalistische Rechte in ihrer Gesamtheit, zu der auch die BBB gehört, wurde zur maßgeblichen Kraft (vgl. ten Hooven 2023). Die Wahlen in den Niederlanden zeigten, wie die Rechtskräfte im Verein mit spezifischen Kapitalinteressen gegen eine halbherzig initiierte und technokratisch umgesetzte ökologische Umbaupolitik erfolgreich eine gesellschaftliche und politische Kampagne führen konnten. Plakative argumentative Muster – Katastrophenszenarien bei Umsteuerungsmaßnahmen und Fremdbestimmung – lassen sich bereits bei dieser Kampagne feststellen. Ungleiche Entwicklungsmuster und eine soziale Krise schufen für sie ein günstiges Terrain.

RechtsnationalistInnen gegen den European Green Deal

Das gesamte Spektrum der nationalistischen Rechten von der neoliberal-nationalistischen Občanská demokratická strana (ODS), über die post-faschistischen Fratelli d'Italia, dem Rassemblement National (RN) bis zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) haben sich prononciert gegen eine „bestrafende“ Ökologiepolitik (Jublin 2024: 35), die angeblich von Links kommt, gewandt. Mit Links ist hier eigentlich liberal gemeint. Es geht vor allem um den EGD, den die nationalistische Rechte als eine „Ideologie der städtischen oder Brüsseler Eliten, welche den Nationen aufgedrückt wird, um sie zu verarmen“ (Jublin 2024: 35) präsentiert. Ein Teil der nationalistischen Rechten, wie die Alternative für Deutschland (AfD), vertritt offen negationistische Positionen zum menschengemachten Klimawandel, während andere Parteien, wie der RN den Klimawandel nicht frontal in Frage stellen, ihn aber nach Kräften relativieren.

Bestimmte Positionierungen finden sich bei vielen der nationalistischen Rechtsparteien wieder. Besonders häufig wird der EGD als Gefahr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Kaufkraft hingestellt (vgl. z.B. Jublin 2024: 35). Im Primat der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kommt die oftmalige neoliberale Grundorientierung deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig wird deutlich, dass das fossil-basierte Akkumulationsmodell als bleibender Referenzrahmen gilt. Mit dem Verweis auf drohende Kaufkraftverluste durch gezielte Verteuerungen ökologisch besonders problematischer Produkte werden vor allem die populären Klassen und untere Mittelschicht angesprochen. Sozialere Ausgestaltungen einer ökologischen Politik sind nicht Teil der rechtsnationalistischen Programmatik (vgl. zum Beispiel des RN Makaroff 2024).

Ökologische Normsetzungen werden, wie Neil Makaroff von der Fondation Jean Jaurés gegenüber der Zeitschrift *Alternatives économiques* hervorhebt, als „freiheitszerstörend“ denunziert (zit. in Jublin 2024: 35). In der Diktion der FPÖ heißt es dann Schluss mit der „EU-Klimadiktatur“ (FPÖ 2024).

Zwei Bereiche des EGD werden in den Wahlprogrammen und -propaganda der nationalistischen Rechten besonders hervorgehoben: Verkehr und Energie. In der Diktion der FPÖ heißt das: „Keine weiteren Klimaverbote, Rücknahme des Verbrennungsmotorverbots“ (FPÖ 2024). Die nationalistischen Rechtsparteien verteidigen oftmals mit großer Vehemenz nicht nur uneingeschränkt den Individualverkehr, sondern auch den Verbrennungsmotor. Allerdings gilt Letzteres nicht durchgängig. Für die ungarische Fidesz-Partei war der EGD kein zentrales Wahlkampfthema, und die ungarische Rechts-

regierung hat sich industriepolitisch mit großzügigen Förderungen für die Batterieproduktion für südkoreanische und chinesische Firmen auf eine Elektromobilität eingestellt (vgl. zu letzterem Medve-Bálint 2024: 45).

Eine kritische Haltung zum Ausbau erneuerbarer Energien ist bei vielen nationalistischen Rechtsparteien festzustellen. In ihren energiepolitischen Orientierungen sind allerdings auch erhebliche Unterschiede erkennbar. Diese beziehen sich vor allem auf die Atomenergie. So ist der französische RN sehr stark auf den Ausbau der Atomenergie orientiert (vgl. Makaroff 2024), während sich die FPÖ eindeutig gegen die Atomenergie positioniert und die Förderung der Atomkraft durch die EU als vermeintlich „grüne“ Alternative kritisiert (FPÖ 2024).

In den unterschiedlichen Detailpositionierungen der nationalistischen Rechten kommen unterschiedliche Industrie- und Energiewirtschaftsinteressen, aber auch unterschiedliche ökologische Sensibilitäten ihrer jeweiligen WählerInnen zum Ausdruck.

Europäische Volkspartei: allmähliche Abkehr vom European Green Deal

Während die nationalistische Rechte den EGD im Wahlkampf für die Europaparlamentwahlen oft frontal angegriffen hat, haben die Parteien der Europäischen Volkspartei (EVP) ihre Abkehr vom EGD stiller vollzogen. „Mit der Corona-Krise, haben Industrien vor allem die Plastik-, Chemie- und Automobilindustrie einen ersten Gegenangriff (auf den EGD; JB) versucht und die Unterstützung von Abgeordneten, vor allem der EVP, gesucht“; rekapituliert Cédric Vallet (2024: 28). Bei Teilen der EVP waren sie auch erfolgreich. Die Absetzbewegung der EVP beschleunigte sich mit den Bauernprotesten, die, anders als viele andere Proteste EU-weit organisiert waren (vgl. D’Eramo 2024), und sich gegen mehrere Komponenten des EGD richteten. Zum Unmut der LandwirtInnen trugen auch die durch die westlichen Russlandsanktionen gestiegenen Düngemittelpreise und, zumindest in einigen zentralosteuropäischen Ländern, auch extrem billiges ukrainisches Getreide bei. Tonangebend bei den Protesten waren vor allem die Verbände der Großlandwirte mit ihrer stark industrialisierten Landwirtschaft. Dieser Sektor stellt eine kleine, aber besonders wichtige Klientel der Christdemokratie dar. Die EVP war hier rasch zu Konzessionen bereit. Die Wahlkonkurrenz mit den Parteien der nationalistischen Rechten spielte hierbei auch eine Rolle.

Die Abkehr vom EGD betraf zunächst vor allem Vorhaben, die mit der Landwirtschaft zu tun hatten und auf Begrenzungen für besonders ökologisch schädliche Aktivitäten zielten. Auf Druck der Lobby der Intensivlandwirtschaft und mit Unterstützung der EVP wurde ein Gesetzesvorschlag zur Begrenzung des Pestizideinsatzes im November 2023 gekippt. Auch ein Gesetz zur Eindämmung des Verpackungsmülls wurde durch die starke Lobby-Arbeit der Industrie und Fast-Food-Ketten verhindert. Eine Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik an den EGD wurde hintertrieben (vgl. Mahnkopf 2024: 62 f., Vallet 2024: 28). Die Renaturierungsverordnung wurde nach deutlicher Abschwächung mit hauchdünner Mehrheit – dank des Votum der österreichischen Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) – angenommen. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hatte dieses Votum nach Kräften zu verhindern versucht. Interessanterweise entspricht diese Obstruktionspolitik der ÖVP-Führung nicht einmal den Präferenzen ihrer WählerInnen, die laut Umfragen mit relativer Mehrheit die Renaturie-

rungsverordnung befürworten (vgl. Hager 2024: 4). Hieran wird deutlich, welches Gewicht spezifischen ökonomischen Interessengruppen – hier relevanten Teilen der Land- und Forstwirtschaft – bei der ökologischen Positionierung der ÖVP zukommt.

Die EVP kehrte sich nicht nur in ihrer Praxis, sondern auch in ihrer erklärten Positionierung um. So hat sich die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gegen Aspekte des EGD gestellt, um ihrer Wiederbestellung den Weg zu bereiten. Auch bei wichtigen Mitgliedern der liberalen Renew-Fraktion im Europaparlament gab es sichtbare Absetztendenzen vom EGD. So sprachen sich der französische Präsident Emmanuel Macron oder auch der belgische Premierminister Alexander de Croo für Regulierungspausen aus (Vallet 2024: 28). Auch Mitgliedsparteien der EVP positionierten sich im EP-Wahlkampf gegen den EGD. So hält die ÖVP (2024) einen „Ausbau der Straßen für die Autos der Zukunft sowie Förderungen für den ‚grünen Verbrenner‘“ für „Klimaschutz mit Hausverstand“. Programmatisch bewegt sich die ÖVP damit weiter im Zeitalter des „Fordismus“. In ökologischer Hinsicht sind sowohl die nationalistischen Rechtsparteien als auch das Gros der EVP als eine anachronistische Rechte einzustufen.

Ausblick

Die anachronistische Rechte ist aus den Europaparlamentswahlen gestärkt hervorgegangen: Die EVP konnte die Zahl ihrer Sitze leicht steigern, die weiter rechtsstehenden Parteien legten noch deutlicher zu. Zudem ist in den letzten Jahren die nationalistische Rechte auf nationalstaatlicher Ebene gestärkt aus Wahlen hervorgegangen – und ist zum Teil zur bestimmenden Regierungskraft geworden oder aber zumindest in Koalitionen direkt oder als tolerierende Kraft eingebunden worden. In diesen Fällen sind Tendenzen einer Rücknahme selbst begrenzter ökologischer Politiken erkennbar. Ein Musterfall ist Schweden, wo die Rechtsregierung, die durch die rechtsextremen Schwedendemokraten toleriert wird, sich beispielsweise an die Senkung von Umweltsteuern gemacht hat (Perriguer 2024: 34). In den Niederlanden hat die Rechtskoalition angekündigt, dass sie auf eine Aufweichung der Regeln zur Emission von Stickstoffverbindungen drängen werde (Smolka 2024: 20). Im Hinblick auf die EU-Politik wiederholte die italienische Premierministerin Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia ihr Mantra: „Der Green Deal ist eine verrückte Ideologie und die erste Aufgabe der neuen Kommission ist, ihn vollständig zu revidieren“ (zit. nach Occorsio 2024: 70).

Auf die EU-Politik haben sowohl die Zusammensetzung des EU-Parlaments als auch die Orientierung der nationalen Regierungen einen Einfluss. In einer strategischen Agenda, die den Staats- und Regierungschefs nach den Europaparlamentswahlen vorgelegt wurde, heißt es, die EU werden „pragmatisch“ auf dem Weg zur Klimaneutralität voranschreiten. Aus Sicht der Frankfurter Allgemeinen könnte dies auch „eine Abkehr vom Verbrenner-Aus bedeuten, das für Neuwagen von 2035 an beschlossen worden ist“ (Gutschker 2024: 2). Auch für das linksliberale italienische Wochenblatt L'Espresso droht vom Verbrennungsmotor bis zu Wärmedämmung von Gebäuden großflächig „Aufweichung“ und „Aufschub“ (Occorsio : 2024: 72). Ein kurz nach den Europaparlamentswahlen veröffentlichtes EVP-Papier bestätigt eine „vorsichtige Abkehr vom Verbrennungsmotor“, wie die Henrik Kafsack (2024: 15) in der Frankfurter Allgemeinen schreibt. Hingegen solle der EU-Emissionshandel weiterentwickelt werden. Dieser ist

allerdings primär eine Förderung der Finanzialisierung, nicht der Ökologisierung. Es droht eine Regression – selbst im Hinblick auf die begrenzten Ambitionen des EGD. Die ökologisch-soziale Gegenbewegung ist gefordert.

Literatur

- Aglietta, Michel/Espagne, Étienne (2024): Pour une écologie politique. Au-delà du Capitalocène. Paris
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitiken und solidarische Perspektiven. München
- D'Eramo, Marco (2024): L'Europe profonde. In: Sidecar, 14. März (<https://newleftreview.org/sidecar/leurope-profonde>; 1.7.2024)
- Engelen, Ewald (2023): Boze burgers en boeren. Autopsie van een tijdperk. O.O.
- FPÖ (2024): Wahlprogramm der FPÖ. Weg mit dem EU-Speck! (<http://api.fpoe.at/eu-wahl-2024/programm/>; 1.7.2024)
- Gutschker, Thomas (2024): Werben um Meloni. In: Frankfurter Allgemeine, 28.6., 2
- Hager, Johanna (2024): Präferenz für FPÖ-ÖVP, Gros für Renaturierung. In: Kurier, 30.6., 4
- Jublin, Mathieu (2024): „L'écologie punitive“, une imposture des droites. In: Alternatives économique, Nr. 446/Mai 2024, 35-36
- Kafsack, Hendrik (2024): Kleiner Schritt für den Verbrenner. In: Frankfurter Allgemeine, 8. Juli, 15
- Mahnkopf, Birgit (2024): Die blockierte Transformation: Zur Kritik des „European Green Deal“ und der geopolitischen EU. In: Sablowski, Thomas/Wahl, Peter (Hg.): Europäische Integration in der multiplen Krise. Hamburg, 60-71
- Makaroff, Neil (2024): Élections européennes: Que veut le Rassemblement National sur le climat? Fondation Jean Jaurès, 26.2. (www.jean-jaures.org/publication/elections-erupeennes-que-veut-le-rassemblement-national-sur-le-climat/; 1.7.2024)
- Medve-Bálint, Gergő (2024): Szuverén függőség? A Magyar piacgazdasági rendszer az EU-ban. In: Bíró-Nagy, András/Medve-Bálint, Gergő (Hg.): 20 év az Európai Unióban: Magyarország uniós tagságának közpolitikai mérlege. Budapest, 31-57
- Malm, Andreas/Zetkin Collective (2021): White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Fascism. London/New York
- Occorsio, Eugenio (2024): Green Deal sotto attacco. In: L'Espresso, 14. Juni, 70-73
- ÖVP (2024): Europa. Aber besser. (www.reinhold-lopatka.at/; 24.6.2024)
- Perriguer, Elisa (2024): Climat: La volte-face de la Suède. In: Alternatives économique, Nr. 446/Mai 2024, 34
- Schnee, Thomas (2024): Aux Pays-Bas, l'extrême droite prend la main. In: Alternatives économiques, Nr. 446/Mai, 32
- Smolka, Klaus Max (2024): Das Den-Haag-Experiment. In: Frankfurter Allgemeine, 29.6., 20
- Smouter, Karel (2022): Blauw wit rood. De boerenopstand als spiegel voor Nederland. Amsterdam
- Spousta, Jan (2024): Evropou obchází strašidlo periferie. In: Právo, Beilage „Salon“, 20.6., 11, 13
- ten Hooven, Marcel (2024): De vlag kam halfstok. In: De Groene Amsterdammer, 30.11., 12-15
- Trojan, František (2024): „Kluk z paneláku“ s jaguarem a Instagramem jako nový typ politika. In: Respekt, 17.6., 26-27
- Vallet, Cédric (2024): Green Deal Européen: Après les avancées, le retour de manivelle. In: Alternatives économiques, Nr. 446/Mai 2024, 26-28



Wirtschaft und Gesellschaft, Band 50, Heft 2

EDITORIAL

Nicolas Barden, Sarah Beran, Michael Ertl, Daniel Witzani-Haim
Wie geht's dem Standort? Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in Österreich

ARTIKEL

Gerlinde Titelbach, Martin Ertl, Susanne Forstner
Effekte einer allgemeinen Lohnuntergrenze für Österreich

Richard Grieveson, Michael Landesmann, Olga Pindyuk, Maryna Tverdostup
Ukraine's reconstruction in the context of EU accession

Julian Kettl, Bich Diem Thy Nguyen, Christian Grünhaus
Active labour market policy during the Covid-19 pandemic: Latent effects on Austrian jobseekers

Preise: Einzelnummer € 12,50; Jahresabonnement regulär € 39; für Studierende € 19,90;

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25,
Tel. 01/534 52-0, e-Mail: verlag@lexisnexus.at.

Online unter <https://journals.akwien.at/wug>



Autorinnen und Autoren

Brigitte Aulenbacher ist Soziologieprofessorin an der JKU Linz, arbeitet in den Feldern der Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse, Arbeits-, Care- und Geschlechterforschung und gibt die Buchreihe "Arbeitsgesellschaft im Wandel" mit heraus.

Roland Atzmüller ist Assoz.Prof. am Institut für Soziologie, Abteilung Gesellschaftstheorien und Sozialanalysen an der JKU Linz/Österreich. Er arbeitet zu kritischen Gesellschafts- und Kapitalismustheorien und der Transformation des Wohlfahrtsstaates.

Joachim Becker ist a.d. Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien und seit vielen Jahren Redakteur der Zeitschrift Kurswechsel.

Mario Becksteiner war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl „Digitalisierung der Arbeitswelt“ an der Universität Göttingen und jetzt Leiter des Teams „Transformation der Arbeit“ in der AK Oberösterreich.

Christian Berger ist Sozioökonom und Jurist, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien, der Medizinischen Universität Wien und an der Fachhochschule des BFI Wien sowie Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Kurswechsel.

Lukas Egger hat auf der Universität Wien Politikwissenschaft studiert und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt ‚The Social Life of XG: Digital Infrastructures and the Reconfiguration of Sovereignty and Imagined Communities‘ am Institut für Soziologie an der JKU in Linz.

Benjamin Ferschli ist ÖAW Stipendiat an der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen der JKU Linz und forscht zur Politischen Ökonomie der Arbeit mit Fokus auf Automatisierung und De-Industrialisierung.

Sebastian Klocker ist Digitalisierungs- und Datenschutzexperte im Kompetenzzentrum Arbeit und Technik im Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Anna Pillinger ist Doktorandin und Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie der JKU Linz. Dort forscht sie zu Digitalisierung und Sorgearbeit sowie zu digitalen Infrastrukturprojekten und EU-Digitalisierungsstrategien.

Vanessa Redak ist Finanzmarktanalystin und Lektorin an der Universität Wien.

Cornelia Schneider ist Informatikerin und Gesundheitswissenschaftlerin. Sie leitet das Institut für Informatik an der Fachhochschule Wiener Neustadt und forscht zu digitalen assistiven Lösungen.

Birgit Trukeschitz ist habilitierte Sozioökonomin und leitet am Forschungsinstitut für Altersökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien den Bereich Evaluierung neuer Technologien für die Langzeitpflege.

Joel Tölgyes ist Energieökonom in der Abteilung für Wirtschaftspolitik der AK Wien und lehrt an der WU Wien.

Johannes Warter ist Universitätsassistent (post-doc) am Fachbereich Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Salzburg sowie am dortigen WissensNetzwerk Recht, Wirtschaft, Arbeitswelt.

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins *Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: „Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.“

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)
A-1010 Wien, Schottengasse 3a/1/59
E-mail: beigewum@beigewum.at
Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax : (43) 01/ 586 80 70

Redaktion: Joachim Becker, Christian Berger, Markus Griesser, Julia Hofmann, Oliver Prausmüller, Vanessa Redak, Elisabeth Springler und Beat Weber

Heftredaktion: Christian Berger und Vanessa Redak, Debatte: Joachim Becker

Druckunterlagen: Matthias Schmidt – buchgestalter.at

Druck: gugler, Melk

Bankverbindung

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H. Bank Austria: IBAN AT77 1200 0006 8405 5106

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel

© 2024 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis (gültig ab 1.1.2024)

Einzelheft	Euro 12 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	Euro 34,-
StudentInnenabonnement	Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	Euro 42,-
Förderabonnement	Euro 70,-

Die Laufzeit eines *Kurswechsel*-Abos beginnt mit Heft 1 des laufenden Jahrgangs und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, sofern nicht spätestens mit Erscheinen von Heft 4 gekündigt wird.

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag / Kurswechsel Große Neugasse 35, A-1040 Wien

Fax : (01) 586 80 70 E-Mail : verlag@sonderzahl.at